

Über die Notwendigkeit von geschichtlichem Bewusstsein Über die weitreichenden Folgen von Niederlagen

Rede von Winfried Wolf in Bremen am 7. Februar 2010 (Waller Friedhof)

Es gilt das gesprochene Wort!

Wenn sich auf diesem Friedhof in klirrender Kälte - an einem Sonntag, wo andere noch gemütlich im Bett liegen oder frühstücken – mehr als 100 Menschen versammeln, dann mag das auf den ersten Blick einigermaßen traditionalistisch, ja altmodisch, unaktuell und vorgestrig erscheinen.

91 Jahre nach der Niederschlagung der Bremer Räterepublik – es handelt sich nicht einmal um einen "runden Jahrestag". Und überhaupt – was sagen uns heute Ereignisse, die fast ein Jahrhundert zurückliegen?

Doch diese Art Reflexe sind offenkundig falsch. Die erstaunlich gute Resonanz, die dieses Erinnern Jahr für Jahr dokumentiert, mag dafür bereits ein Indiz sein. Tatsächlich ist das Gedenken als solches – das ins-Gedächtnis-Rufen dieses mutigen Schritts der Bremer Arbeiterinnen und Arbeiter und der Mehrheit der Bevölkerung – bereits ein Wert an sich.

Ein Volk ohne Geschichte - eine arbeitende Klasse oder auch nur eine Linke ohne geschichtliches Bewusstsein – laufen Gefahr, alle alten Fehler zu wiederholen.

Und: Sie begeben sich der Chance, an den nicht allzu häufigen positiven Traditionen und an den wenigen Teilerfolgen der eigenen Geschichte im Kampf für Emanzipation anzuknüpfen.

Das Gedenken an den 4. Februar 1919 war also in all den neun Jahrzehnten wichtig.

Es war wichtig in den Krisenzeiten, die unmittelbar auf die Niederschlagung der deutschen Novemberrevolution folgten, um zu verdeutlichen, was stattdessen hätte sein können.

Es war wichtig in der Nazi-Zeit, als es denen, die weiter kämpften, half, den Mut nicht zu verlieren.

Es war in den 1950er und 1960er Jahren wichtig: Damals erinnerte dieses Gedenken daran, dass es im Kapitalismus *systembedingt* Krisen und Kriege gab und dass die These vom "Wirtschaftswunder" bodenloses Geschwätz war – was sich dann bereits mit den Krisen ab Mitte der 1970er Jahre als richtig erwies.

Und heute? Heute,

- angesichts einer weltweiten Wirtschaftskrise mit erneut wachsender Massenarbeitslosigkeit, ja mit bereits zweistelligen offiziellen Arbeitslosenquoten in Europa – so in Spanien;
- angesichts einer Hungerkrise mit mehr als eine Milliarde Menschen, die nach UN-Angaben strukturell unterernährt sind und von denen viele verhungern;
- angesichts steigender Rüstungsausgaben und sich intensivierender Kriege um Öl, vor allen im Irak und in Afghanistan;
- angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderung durch die Umwelt- und Klimakrise und vor dem Hintergrund des blamablen Ausgangs der Konferenz in Dänemark, auch Flopenhagen genannt

heute hat dieses Gedenken wieder eine zusätzliche Bedeutung erlangt.

Drei Aspekte der Bremer Ereignisse im Jahr 1919 erscheinen mir für unser heutiges Tun und Lassen wichtig und lehrreich. *Erstens* der Charakter der Forderungen. *Zweitens* das, was auf die Niederlage folgte – und die Analyse, warum das auf diese Niederlage folgte und wohl auch folgen *musste*. *Drittens* die Veränderungen im Bewusstsein der Menschen und insbesondere der arbeitenden Klasse.

Beginnen wir mit dem *Charakter der Forderungen* in Bremen 1918/19.

Viele denken bei Revolution und Räterepublik an Radikalinskis, an ultralinke – unrealistische, utopistische – Forderungen und Slogans.

Liest man nun jedoch das "Sozialpolitische Programm" des Bremer Ausschusses für das Fabrikwesen vom 11. November 1918, so stellt man fest: Das war ein realistisches, pragmatisches Programm; in diesem gibt es wenig Spektakuläres. Vielleicht kommt einem das eine und andere auch bieder-deutsch vor.

Wie auch immer. Im Zentrum standen elementare Forderungen. Es ging *erstens* um Frieden – und die Wiedereingliederung der Soldaten in ein ziviles Arbeitsleben. *Zweitens* stand auf der Tagesordnung Brot und Arbeit – und der Kampf um akzeptable Arbeitsbedingungen, unter anderem um die Durchsetzung des Acht-Stunden-Tags. *Drittens* ging es um ein Ende der Unternehmerwillkür und um die Verwirklichung von direkter Demokratie.

Diese drei eher bescheiden wirkenden Forderungen standen damals auf der Agenda. Doch das zu fordern, war zu diesem Zeitpunkt bereits revolutionär. Wegen dieser Forderungen und zur Verhinderung der Durchsetzung derselben wurde auswärtiges Militär eingesetzt. Aufgeschreckt von diesem elementaren Begehren bildete die reichen Unternehmer und Handelsleute in Bremen ein Freikorps. Die Republik wurde zusammengeschossen.

Womit wir bei den *Folgen der Niederlage* sind. Es blieb ja nicht bei dieser Niederlage mit den 29 Menschen, die getötet wurden, als sie die Bremer Republik verteidigten. Der berühmte Satz von Franz-Josef Strauß, wonach man – aus kapitalistischer Sicht - "die Demokratie immer wieder in Blut baden" müsse, wird ja gerade durch diese Geschichte untersetzt.(1)

Weil die Räterepublik in Bremen, in Bayern und in ganz Deutschland liquidiert wurde, weil das revolutionäre Russland isoliert blieb und vor allem weil der Kapitalismus als System beibehalten wurde, gab es

- 1920 im Ruhrgebiet und in großen Teilen Deutschlands einen flächendeckenden Einsatz von konterrevolutionären Freikorps, die tausende Arbeiterinnen und Arbeiter abschlachteten;
- 1923 eine Inflationskrise, die Millionen Menschen in absolutes Elend stürzte, was wiederum eine materielle und soziologische Basis für das Anwachsen und den Sieg des Faschismus wurde.
- 1929 bis 1933 die Weltwirtschaftskrise mit in Deutschland mehr als sechs Millionen Arbeitslosen, begleitet von einem sprunghaften Anstieg der NSDAP-Stimmen
- 1933 bis 1945 die NS-Diktatur in Deutschland, deren Ausgangspunkt die bewußte Entscheidung der maßgeblichen Banken- und Konzernkreise war, nunmehr auf die faschistische Karte zu setzen;

- 1939 bis 1945 den Zweiten Weltkrieg mit 50 Millionen Toten
- 1938 bis 1945 den offenen und organisierten Rassismus, den Holocaust, die Shoa – mit sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden, mit Hunderttausenden ermordeten Sinti, Roma und Schwulen
- gab es im Zeitraum 1933 bis 1945 eine Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung, die Ermordung von Hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern und Funktionären vor allem der KPD, der Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratie.

Eine wichtige Folge dieser gesamten Entwicklung war der flächendeckende Verlust an geschichtlichem Bewusstsein und an Klassenbewusstsein, was dann durch die deutsche Spaltung, durch das sogenannte Wirtschaftswunder und durch den Kalten Krieg nochmals verstärkt wurde.

Übrigens: Der Zusammenhang zwischen Krisen, Faschismus und Krieg hatte eine derart überzeugende innere Logik, dass die CDU dies im Jahr 1947 in ihrem Ahlener Programm festhielt. In diesem - heute weitgehend verschwiegenen oder relativierten Gründungstext der CDU heißt es ausdrücklich: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den (...) sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren (...) Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen des Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht."(2)

Kommen wir zum *dritten Aspekt*. Ausgesprochen spannend ist, welche *weitreichenden Veränderungen es im Bewusstsein der Bevölkerung und insbesondere im Bewusstsein der arbeitenden Klasse gab*.

Bis zum Jahr 1912 war die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und insbesondere die arbeitende Klasse gegen Krieg und grundsätzlich pazifistisch eingestellt. Das war damals noch das Verdienst der SPD. Dann kam der August 1914. Die – zuvor bereits innerlich ausgehöhlte - Führung der SPD konnte für eine Zustimmung zu den Kriegskrediten gewonnen werden: für den Krieg nach außen und nach innen für eine Politik des "Burgfriedens". Die Gewerkschaftsführung folgte diesem Kurs. In der Folge war die Arbeiterklasse völlig desorientiert. Darauf verfielen Millionen Menschen, auch ein großer Teil der arbeitenden Klasse, dem Nationalismus und der Kriegstreiberei.

Vergleichbare Prozesse spielten sich in den übrigen europäischen Staaten ab. In der Folge gab es im Zeitraum September 1914 bis November 1918 europaweit einen Geschwisterkrieg: Die deutschen Arbeiterinnen und Arbeiter kämpften gegen ihre Klassenbrüder und Schwestern in Frankreich, Belgien, Großbritannien, Russland – und umgekehrt. Monatelange erbarmungslose Stellungskriege, Gemetzel und Gaskrieg inbegriffen.

Im Februar 1917 scherte dann als erstes die russische Bevölkerung aus – es gab eine Februarrevolution und schließlich im November 1917 die "Oktoberrevolution". An der Ostfront kam es erstmals in großem Umfang zu Szenen der Verbrüderung der russischen und der deutschen Soldaten. Dann meuterten im November 1918 gab die deutschen Soldaten – allen voran die Matrosen in den norddeutschen Häfen und auf den Schiffen. Aus diesem Aufstand gegen die Kriegstreiber – gegen die Generäle, gegen das reaktionäre Offizierskorps und gegen den Kaiser – entstand die Räterepublik. In Bremen, Bayern und anderswo.

Wichtig ist für mich an dieser Stelle der folgende Umstand: Es handelte sich bei diesen radikalen Umschwüngen im gesellschaftlichen Bewusstsein, die ja binnen fünf, maximal sechs Jahren stattfanden, jeweils um die gleichen Menschen. Millionen Menschen in Deutschland – und in ganz Europa – schwankten im Zeitraum eines halben Jahrzehnts in ihrer Grundhaltung zwischen Pazifismus, Desorientierung und radikaler Rätedemokratie. Das kann man sicherlich unterschiedlich bewerten. Doch diese Sprunghaftigkeit des Massenbewusstseins ist – zumindest unter den skizzierten spezifischen Bedingungen der radikal veränderten Grundhaltung maßgeblicher Arbeiterorganisationen - offensichtlich eine Tatsache.

Inwiefern sind diese drei Aspekte nun für uns heute von Bedeutung?

Um mit den gesellschaftlichen – sozialen und wirtschaftlichen - Veränderungen zu beginnen.

Wir haben 2007 bis 2009 ebenfalls eine gewisse Niederlage erlebt. Es gab keine oder keine ausreichende Reaktion auf die neue weltweite Krise. Tatsächlich erleben wir derzeit eine tiefe Krise, die sich durch die gesamte Architektur der Weltwirtschaft frißt. Die Behauptung, die Krise sei vorbei, war bereits im Frühsommer 2009, als sie erstmals aufkam, unzutreffend. Anfang 2010 werden die Leute, die derlei kundtun, von Woche zu Woche zurückhaltender – während sich gleichzeitig von Woche zu Woche neue Brandherde ergeben.

Die sozialen Folgen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Weil es bisher kaum Gegenwehr gab, weil die richtige Losung "Wir zahlen nicht für Eure Krise" nur kurzzeitig eine gewisse Anziehungskraft entwickelte und weil Hunderte Millionen Arbeiterinnen, Arbeiter, Erwerblose und Verelendete an die Mär vom immer wieder sich neu erholenden und einen Aufschwung für alle produzierenden Kapitalismus glauben, gibt es derzeit vor allem einen *Klassenkampf von oben*.

Der Klassenkampf von oben drückt sich darin aus

- dass man inzwischen wegen Maultaschen-Mundraubs im Wert von 2,49 Euro fristlos gekündigt werden kann – und dass deutsche Arbeitsgerichte befinden: Das ist gut und das ist RECHT so.
- dass die Europäische Union dem Mitgliedsland Griechenland - und dass die EZB dem Euroland Griechenland - die Souveränität abspricht und fordert, dass in diesem Land die Löhne und 20 Prozent gesenkt, die noch in öffentlichem Eigentum befindlichen Unternehmen weitgehend privatisiert und das Renteneintrittsalter um zwei Jahre angehoben werden muss.
- Dass hiesige Gerichte entscheiden, dass die NPD vor Schulen Nazi-Hetze verteilen und dass Neonazis zu Tausenden durch die Dresdner Innenstadt marschieren dürfen.

Kommen wir zu den *Veränderungen im Bewusstsein*. Diese sind auch heute bei uns festzustellen. Und sie sind durchaus interessant und nicht ausschließlich pessimistisch stimmend.

Wenn man vor 25 Jahren hierzulande – zum Beispiel in der Bremer Fußgängerzone – am Infostand kundtat, man trete für die öffentliche Kontrolle über die großen Banken und Konzerne und damit letzten Endes für die Abschaffung des Kapitalismus und für eine grundsätzlich andere, gar eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, dann erhielt man in der Regel die Antwort: "Geh doch rüber!" Das hat sich erledigt.

Wenn man vor 15 Jahren, auf dem Höhepunkt des Globalisierungs-Mythos, Vergleichbares an

ähnlichem Ort und vergleichbarer Stelle kundtat, dann wurde man beschieden mit der Feststellung, das sei "absurd, töricht und dumm". Alles Öffentliche und Staatliche schien überholt; der Markt wurde als der Triumphator präsentiert.

Wenn man heute Vergleichbares sagt und schreibt – vor dem Hintergrund des Bankendesasters von 2007/2009, angesichts des flächendeckenden Versagens des Marktes und des neuen Triumphzugs des Staates (dessen Macht allerdings vor allem dazu eingesetzt wurde, um Banken und Konzerne zu retten), dann erhält man als Antwort: *Ihr habt ja vielleicht recht. Aber was sollen wir tun? Was kann man machen?*

Das ist heute entscheidend – Antworten zu geben auf die Frage: Was soll und was kann man tun. Womit wir bei den Forderungen von heute wären, die strukturell mit denen von vor 91 Jahren durchaus verwandt sind.

Erstens. Wir treten angesichts der weltweiten Krise ein für weitreichende Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich. Angesagt ist eine europaweite Kampagne für eine allgemeine 30-Stunden-Woche. Nur wenn die Produktivitätsgewinne weitergegeben werden an die Menschen, erweisen sie sich als das, was sie sein können und sein sollten: als gesellschaftlicher Fortschritt. Unter Bedingungen des Klassenkampfes von oben jedoch wirken diese Produktivitätsgewinne wie neue Geiseln für die Menschheit – die Nochbeschäftigten arbeiten länger. Weitere Millionen Menschen werden erwerbslos.

Die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen müssen mit einem umfassenden Programm öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvollen Sektoren gepaart werden. Ich spreche in diesem Zusammenhang von einem "3-K-Programm", von Investitionen in Kinder, Kultur und Klima.

Zweitens. Wir fordern ein friedliches Deutschland und Europa. Das heißt konkret: Wir verlangen den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller europäischen und vor allem aller deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan. Wir fordern – was auch gerade hier in Bremen wichtig ist – eine Beendigung jeglicher Rüstungsproduktion und als erstes Schluss mit jeder Art Export von Kriegsmaterial. Die Rüstungsbetriebe müssen auf zivile Fertigungen umgestellt werden.

Drittens. Wir treten ein für direkte Demokratie. Wir fordern Schluss mit der Herrschaft der Banken und Konzerne. Notwendig ist die Beendigung der Herrschaft der Reichen und Vermögenden mit ihren Nummernkonten in Liechtenstein und der Schweiz und mit ihren weitreichenden Möglichkeiten, sich Regierungen buchstäblich kaufen zu können (die maßgeschneiderten Mehrwertsteuersätze inbegriffen).

Es ist der Kapitalismus selbst, der die Systemfrage stellt.

Das ist heute so. Das war in Bremen 1918/19 so. Und das war noch in jeder großen Krise so. Man höre dazu abschließend das folgende Zitat:

"Unter diesen Umständen kann es dahin kommen, dass der Kapitalismus als eine Wertordnung, als ein Lebensstil und als eine Kulturform keinen Einsatz mehr verlohnt. (...) Marx irrte in seiner Diagnose der Art und Weise, in welcher die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrechen würde. Er irrte jedoch nicht in der Vorhersage, dass sie schließlich zusammenbrechen werde."(3)

Das schrieb Joseph Schumpeter. Der Mann war einer der wichtigsten deutschen Nationalökonomien. Vor allem aber war er der große Verteidiger des Kapitalismus und der

"Unternehmerpersönlichkeit".

Schumpeter kam zu dem zitierten Schluss inmitten des Zweiten Weltkriegs, nach der Weltwirtschaftskrise und in der Zeit des deutschen und italienischen Faschismus und des japanischen Tenno-Imperialismus. Ähnlich wie bald darauf im Fall des Ahlener Programms der CDU erkannte Schumpeter zu diesem Zeitpunkt bereits den inneren Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Krisen, Krieg, allgemeiner Entmenschlichung und Zerstörung.

Es wäre fatal, wenn wir erneut darauf warten würden, bis das aufgeklärte Bürgertum zu solchen sinnvollen Einsichten gelangt. Eben weil – siehe Bremen 1919 – Niederlagen, Fehler und Versäumnisse im antikapitalistischen Kampf nicht für sich stehen bleiben, sondern Folgen haben.

Anmerkungen:

- 1) Der in den 1960er bis 1980er Jahre führende CSU-Politiker Franz-Josef Strauß, der zuvor die faschistische Obristen-Diktatur in Griechenland unterstützt hatte, hatte das faschistische Folterregime des Augusto Pinochet in Chile mit diesem Satz gerechtfertigt. Er besuchte in der Zeit der Pinochet-Diktatur mehrfach Chile und hielt sich dabei auch wiederholt in der deutschen Kolonie Colonia Dignidad auf, die ein Folterzentrum und ein Hort der systematischen Vergewaltigung von Kindern war.
- 2) Ahlener Programm der CDU, nach: Was will die CDU? Herausgegeben von H. Schneider, Köln 1948, S.7ff.
- 2) Joseph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, USA 1942, hier: Tübingen 1993, S. 525.